

Beglaubigte Abschrift

1 StS 9/50
(1 - 17/50)

Verkündet am 13. Juni 1950
gez. Otto, Regierungsinspektor
als Urkundsbeamter der
Geschäftsstelle.

Im Namen des Rechts!

Strafsache

g e g e n 1. den Arbeiter Paul F r ü n d t aus Friesoythe,
geboren am 30. November 1907 in Rühn b. Güstrow,
2. den Justizhauptwachtmeister Otto E n g l e r
aus Hamburg 21, Averhofstrasse 10, geboren
am 5. Januar 1890 in Stanowitz b. Schweidnitz,
w e g e n Verbrechens gegen die Menschlichkeit, Körper-
verletzung im Amt und gefährlicher Körperver-
letzung.

- - - -

Auf die Revisionen der Angeklagten gegen das Urteil
des Schwurgerichts in Oldenburg vom 30. September 1949
hat der I. Strafsenat des Obersten Gerichtshofes für die
Britische Zone in Köln in der Sitzung vom 13. Juni 1950,
an der teilgenommen haben:

Richter beim Obersten Gerichtshof Dr. Geier
als Vorsitzender,

Richter beim Obersten Gerichtshof Dr. Dr. Wimmer,
Richter beim Obersten Gerichtshof Dr. Jagusch
als beisitzende Richter,

Oberstaatsanwalt Schrübbers
als Beamter der Staatsanwaltschaft,

für Recht erkannt:

Die Revisionen der Angeklagten Fründt und
Engler werden auf ihre Kosten verworfen, bei
Fründt mit der Maßgabe, dass im Entscheidungs-
satz des angefochtenen Urteils die Freispre-
chung von der Anschuldigung der Körperverlet-
zung mit Todesfolge wegfällt.

.....
aswerd-
is Kosten
halter
.....
geklag-

2).
1/49 (Ad. vii)

nd mit
riften

Die
Ver-

gefertigt.
rucke
en.
nstanz
d wie

d 13,
Kosten
tsakten-).

-16.19.
Juli 1950

G r ü n d e :

Nach den Feststellungen des Schwurgerichts haben die Angeklagten während des Krieges als Angehörige des Verwaltungs- und Aufsichtspersonals in den Strafgefangenenlagern des Emslandes in zahlreichen Fällen Strafgefangene in der im angefochtenen Urteil näher geschilderten Weise misshandelt. Sie sind deshalb wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit in Tateinheit mit Körperverletzung im Amt und gefährlicher Körperverletzung verurteilt worden. Ihre Revisionen sind nicht begründet.

1. Unzutreffend ist die Ansicht der Revision, dass Art. 103 Abs. 2 GG. der Anwendung des Artikels II 1c KRG.10 entgegenstehe. Der Senat hat in den Entscheidungen OGHSt. Bd. 2 S. 361 und S. 375 mit ausführlicher Begründung näher dargelegt, dass die Verpflichtung der deutschen Gerichte der britischen Zone zur Anwendung des Kontrollratsgesetzes Nr.10 in dem durch die MRVO.Nr. 47 bestimmten Umfange weder durch das Inkrafttreten des Grundgesetzes, noch durch die Genehmigung der Militärgouverneure zum Grundgesetz berührt wird. Auf diese Entscheidungen wird verwiesen.

Soweit die Angeklagten wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit verurteilt sind, geht das Schwurgericht zwar von einer rechtsirrigen Auffassung aus. Die Entscheidung ist jedoch im Ergebnis nicht zu beanstanden, weil die Verurteilung der Angeklagten, auch wenn man die zutreffende Rechtsansicht zugrundelegt, durch die Feststellungen des Schwurgerichts getragen wird.

Die Rechtsauffassung des Schwurgerichts ist schon deshalb verfehlt, weil unklar bleibt, welche Merkmale denn nach seiner Ansicht den Begriff des Verbrechens gegen die Menschlichkeit im Sinne des Art. II 1c KRG.10 ausmachen. Es äussert zwar Bedenken gegen einige vom Obersten Gerichtshof in ständiger Rechtsprechung befolgte Grundsätze und vertritt die Ansicht, zum Tatbestande des Unmenschlichkeits-

verbrechens gehöre eine über den eigentlichen Tatvorsatz hinausgehende innere Haltung, die sich darin gefalle, Mitmenschen zu quälen und deshalb deren Recht auf Leben, Gesundheit, körperliche Unversehrtheit und Freiheit mutwillig und nachhaltig zu beeinträchtigen. Es bleibt aber unklar, ob es darin das einzige entscheidende oder nur ein weiteres Tatbestandsmerkmal erblickt, das zu den vom Obersten Gerichtshof verlangten Merkmalen hinzukommen müsse. Die Gründe, die das Schwurgericht für seine Rechtsansicht anführt, geben dem Senat jedenfalls keine Veranlassung, von seiner ständigen Rechtsprechung abzugehen. So macht es vor allem geltend, ohne das Merkmal des Handelns aus unmenschlicher Gesinnung würden "sichere Erkenntnisse der Strafrechtspflege preisgegeben." Es irrt jedoch, wenn es glaubt, die Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes zum Verbrechen gegen die Menschlichkeit gebe das im Strafrecht sonst herrschende Schuldprinzip auf. Sie fordert im Gegenteil in Übereinstimmung damit ein bewusstes und gewolltes Angriffsverhalten. Der Täter muss sich weiter des Zusammenhangs zwischen seinem Verhalten und der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft bewusst sein. Soweit er den tatbestandsmäßigen Erfolg selbst voll verwirklicht, muss auch dieser von seinem Vorsatz umfasst sein, und nur soweit er andere Kräfte in Richtung auf diesen Erfolg in Bewegung setzt, genügt das Bewusstsein der Auslieferung des Opfers an die Kräfte der Willkür. Es ist nicht ersichtlich, inwiefern durch diese Auffassung zur inneren Tatseite "die Restbestände eines überwundenen Strafrechtsdenkens vermehrt" werden sollen. Unklar bleibt auch, was das Schwurgericht mit der Wendung meint, der vorwiegend politische Gesetzeszweck sei ungeeignet, als Richtpunkt für die Anwendung des Gesetzes zu dienen. Das Verbrechen gegen die Menschlichkeit erhält ein entscheidendes Merkmal aus dem Umstand, dass es in engster Beziehung zu politischen Zuständen bestimmter Art steht, weil es erst dadurch, dass sich der Angriff des Rechtsbrechers gegen irgendwelche Rechtsgüter in ein Menschenwert und Menschenwürde missachtendes politisches System einfügt, die überpersönliche Wirkung bekommt,

die Richtung gegen Wert und Würde der menschlichen Persönlichkeit schlechthin, die es vom Tatbestand jedes anderen Verbrechens unterscheiden. Einen richtigen Kern erhält nur die Bemerkung, dass der Vorwurf des Verbrechens gegen die Menschlichkeit einen Schuldvorwurf von besonderer Schwere umschliesst. Das Schwurgericht übersieht aber, dass auch nach den vom Obersten Gerichtshof aufgestellten Grundsätzen eine geringfügige Schädigung des Opfers nie den Tatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit verwirklicht. Dass tatbestandsmässiges Unrecht nicht mit "Denkzettelstrafen" angemessen gesühnt wird, ist vollkommen richtig. Das Schwurgericht übersieht aber, dass sich die Strafdrohung des KRG.10 nicht nur gegen denjenigen richtet, der selbst den Tatbestand einschliesslich der Schädigung des Opfers voll verwirklicht, sondern auch gegen alle diejenigen, die Tatbeiträge entfernter Art leisten, und dass für diese - wie auch nach deutschem Recht - eine mildere Strafe angemessen sein kann. Dass Gerichte, der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes zum Unmenschlichkeitsverbrechen folgend, auch "Denkzettelstrafen" verhängt haben, ist also kein Beweisgrund gegen die Richtigkeit dieser Auffassung. Soweit sie wirklich schuldangemessen waren und nicht etwa als unangemessen niedrig bezeichnet werden müssen, finden sie ihre ausreichende Erklärung darin, dass sie die Sühne für solche Tatbeiträge von entfernter und untergeordneter Art sind. Die Ausführungen des Schwurgerichts sind mithin nicht geeignet, ein Abgehen von den in ständiger Rechtsprechung befolgten Grundsätzen zu rechtfertigen. Diese sind deshalb auch der rechtlichen Beurteilung des vorliegenden Sachverhalts zugrunde zu legen. Dabei ergibt sich, dass alle wesentlichen Merkmale des Verbrechens gegen die Menschlichkeit - nämlich bewusstes und gewolltes Angriffsverhalten, Schädigung der Opfer mit überpersönlicher Wirkung, Zusammenhang des Angriffsverhaltens und der Schädigung mit der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft, Handeln im Bewusstsein dieses Zusammenhangs - nach den Feststellungen des angefochtenen Urteils auch von den Angeklagten verwirklicht worden sind. Denn die in den Strafgefangenen-

lagern des Emslandes untergebrachten Häftlinge galten der nationalsozialistischen Führung, wie das Schwurgericht feststellt, als Menschen zweiter Klasse, die "wieder das Zittern lernen sollten" und die nicht nur den Anspruch auf eine bürgerliche Lebensform, sondern auf ein menschenwürdiges Dasein schlechthin verloren hatten. Diese Grundhaltung führte dazu, dass in den Lagern mehr und mehr unwürdige Zustände Platz griffen, wie sie im angefochtenen Urteil näher dargelegt und zutreffend mit denjenigen verglichen werden, die in Konzentrationslagern üblich waren. In Kenntnis all dieser Umstände haben die Angeklagten als Angehörige der Lagerleitung oder des Aufsichts- oder Bewachungspersonals in den in den Urteilsgründen im einzelnen näher dargelegten Fällen Häftlinge ohne Anlass oder aus nichtigem Anlass auf das roheste misshandelt. Aus den Darlegungen des Urteils geht unzweideutig hervor, dass sich das Verhalten der Angeklagten damit objektiv in das bestehende nationalsozialistische Gewalt- und Willkürsystem einfügte. Zur inneren Tatseite stellt das Schwurgericht unter anderem fest, dass auch der Angeklagte Fründt die Häftlinge als Menschen zweiter Klasse ansah und sich darum an ihnen vergriff. Bei Engler fasst das angefochtene Urteil sein Verhalten gegenüber den Häftlingen mit den Worten zusammen, er habe sie wie das Vieh behandelt und habe ihnen das Leben im Lager zur Qual werden lassen. Im Zusammenhang mit der Erörterung der Frage, ob die Verordnung zur Beseitigung nationalsozialistischer Eingriffe in die Strafrechtspflege vom 23. 5. 1947 anzuwenden ist, legt das Schwurgericht schliesslich dar, dass es sich bei den Taten der Angeklagten um solche handelt, die "aus dem unerbittlichen Geiste des Nationalsozialismus heraus begangen worden" sind. Der vorliegende Sachverhalt unterscheidet sich damit deutlich von dem in OGHSt.Bd. 1 S. 260 entschiedenen Fall, in dem der Senat es gebilligt hat, dass Misshandlungen von Strafgefangenen zur nationalsozialistischen Zeit nicht als Verbrechen gegen die Menschlichkeit beurteilt wurden. Mit den angeführten Feststellungen ist der von der Revision zu Unrecht vermisste Zusammenhang des

Vorgehens der Angeklagten mit der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft zur äusseren wie zur inneren Tatseite ausreichend dargetan, Soweit die Revision von einem anderen Sachverhalt ausgeht und geltend macht, dass die Feststellungen des Schwurgerichts unrichtig seien, ist ihr Vorbringen unbeachtlich. Die Angeklagten sind demnach im Ergebnis zu Recht wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit verurteilt worden.

2. Auch die Beurteilung des Sachverhalts nach deutschem Strafrecht lässt keinen Rechtsfehler erkennen. Dass die Angeklagten Beamte im staatsrechtlichen Sinne waren, wird zwar nicht dargelegt. Aus dem festgestellten Sachverhalt geht aber hervor, dass sie beide in ordnungsmässiger Weise von den zuständigen staatlichen Stellen angestellt und im Strafvollzugsdienst mit der Wahrnehmung von Aufgaben betraut wurden, die aus der Staatsgewalt abzuleiten sind und staatlichen Zwecken dienen. Es bestehen also keine Bedenken, dass das Schwurgericht die Angeklagten als Beamte im Sinne des § 359 StGB. angesehen hat. Die Verurteilung wegen Körperverletzung im Amt (§ 340 Abs. 1 StGB.) wird in allen Fällen durch die Feststellungen des Schwurgerichts getragen. Dasselbe gilt, soweit es in Tateinheit damit gefährliche Körperverletzung gemäss § 223a StGB. angenommen hat. Bei Engler bestehen auch im Falle 35 keine begründeten Bedenken gegen die Verurteilung aus § 223a StGB. Auch hier wurde der Strafgefangene Ganter mit einem Gummiknüppel geschlagen, den das Schwurgericht nach der Art seiner Verwendung im Lager mit Recht als gefährliches Werkzeug angesehen hat, zwar nicht vom Angeklagten, aber doch in seinem Beisein von dem ihm unterstellten Wachmann Süßbach. Soweit § 340 Abs. 1 StGB. in Betracht kommt, hat das Schwurgericht zutreffend die Begehungsform des "Begehenlassens" angenommen. Unter dem Gesichtspunkt des § 223a StGB. hat das Gericht den Angeklagten ersichtlich als Mittäter angesehen. Das begegnet im Hinblick auf die Zustände im Lager, die Vorgesetzteneigenschaft des Angeklagten und sein eigenes sonstiges Verhalten keinen Bedenken.

Wer für die Misshandlung, die ein anderer in seinem Beisein begeht, durch sein Beispiel und sein sonstiges Verhalten den Boden bereitet hat und sie, ohne einzugreifen, geschehen lässt, obwohl er zu ihrer Verhinderung kraft seiner Stellung verpflichtet und imstande ist, ist Mittäter im Sinne des § 47 StGB. Der Angeklagte muss sich deshalb die Misshandlung durch ein gefährliches Werkzeug zurechnen lassen, wie wenn er selbst zugeschlagen hätte.

Soweit das Schwurgericht angenommen hat, in den Fällen, in denen Engler wahllos in eine Kolonne von Häftlingen hineinschlug und dabei mehrere verletzte, liege gleichwohl im Rechtssinne nur eine Körperverletzung vor, kann unentschieden bleiben, ob dem zuzustimmen ist, denn der Angeklagte ist dadurch jedenfalls nicht beschwert.

Auch die Strafzumessungsgründe lassen keinen Rechtsfehler zum Nachteil der Angeklagten erkennen.

Die Freisprechung des Angeklagten gründet von der Anschuldigung der Körperverletzung mit Todesfolge war allerdings verfahrensrechtlich unzulässig, da auch dieser Fall, wenn er erwiesen wäre, nur Teilstück des einheitlichen Verbrechens gegen die Menschlichkeit wäre. Dass das Schwurgericht den Angeklagten in diesem Punkte nicht für schuldig befunden hat, durfte also im Entscheidungssatz des Urteils nicht zum Ausdruck kommen. Es ist insoweit richtigzustellen. Das ist zulässig, da sich an der sachlichen Entscheidung nichts ändert.

Die Revisionen beider Angeklagten sind deshalb - bei Grundt mit der sich aus Vorstehendem ergebenden Maßgabe - zu verwerfen.

gez. Dr. Geier

gez. Dr. Dr. Wimmer

gez. Dr. Jagusch



Beglaubigt:

W. Jagusch, Kanzleivorsteher
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle
des Obersten Gerichtshofs für die
Britische Zone in Köln.